

5 Beschluss zu Antrag Nr.: 1

Kinder- und jugendpolitisches Grundlagenpapier der KjG

Einleitung

10 „In unserem Verband machen wir uns stark für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit“¹. Aus
dieser Grundhaltung und basierend auf den Grundlagen und Zielen engagieren sich in der KjG
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Kirche, Politik und Gesellschaft. „Der Zusammen-
schluss in der KjG schafft Voraussetzungen für eine wirksame Interessenvertretung in der Öff-
entlichkeit“² Die KjG bündelt auf allen Ebenen die Positionen von Kindern und Jugendlichen und
15 ist so Sprachrohr für ihre Themen und Anliegen. Der KjG-Bundesverband bringt in diesem Sinne
Positionen von Kindern und Jugendlichen in die Debatten der Bundesrepublik und der katholi-
schen Kirche in Deutschland ein.

20 Auf der Basis unserer Grundlagen und Ziele und verschiedener Beschlüsse engagieren wir uns
für:

Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Demokratie

25 Alle Menschen bilden eine Gemeinschaft, die sich auf gemeinsame Verantwortung gründet, an
der alle in gleicher Weise teilhaben sollen und die so ausgestaltet ist, dass sie jede und jeden
einzelne/n achtet und allen die Möglichkeit zur Mitgestaltung eröffnet.

Selbstbestimmung und ehrenamtliches Engagement

30 Als junge Menschen wollen wir selbstbestimmt und selbstwirksam leben und aufwachsen, um so
unsere Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass uns und allen Menschen angemessene
Räume und Zeiten zur Verfügung stehen, die wir selbst gestalten können und in denen wir
nicht durch äußere Zwänge gebunden sind. Im ehrenamtlichen Engagement und im Freiwilligen-
dienst kann diese Selbstbestimmung gelebt werden. Dafür sind verlässliche Rahmenbedin-
gungen nötig, die es allen Menschen ermöglichen sich nach ihren Fähigkeiten und Talenten zu
engagieren. Dieses Engagement muss wertgeschätzt werden und Anerkennung erfahren. Die
35 dort erbrachten Leistungen und erworbenen Kompetenzen müssen in Schule, Studium, Ausbil-
dung und Beruf honoriert werden.

Mitbestimmung und kinder- und jugendgerechte Politik

40 Kern einer lebendigen demokratischen Gesellschaft ist, dass sich alle beteiligen können und die
Möglichkeit haben, sich nach ihren Bedürfnissen, Interessen und Fähigkeiten einzubringen. Ne-
ben einem allgemeinen Wahlrecht ohne Altersbegrenzung³, braucht es wirksame altersgerechte
und bedürfnisorientierte Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren. Die Meinung von Kindern
und Jugendlichen muss von den Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft ernstge-
nommen und in Entscheidungen eingebunden werden. Dafür muss Politik ihre Arbeit in einer für
45 Kinder und Jugendlichen verständlichen Sprache erklären.

Politische Bildung und Demokratie lernen

50 Demokratie ist ein eigenständiger Wert, der weit über eine politische Organisationsform hinaus-
geht. Dieser Wert kann nur in der Praxis erfahren werden. Jugendverbände wie die KjG bieten in
besonderer Weise Räume, in denen demokratische Haltungen und Verhaltensweisen erlebt,

¹ Aus: „Mission Statement der KjG“

² Aus: „Grundlagen und Ziele der KjG“

³ „Wahlrecht von Geburt an“ Stellungnahme KjG-Bundesausschuss 2004

eingübt und weiterentwickelt werden können. Dieser wichtige Beitrag zur politischen Bildung muss anerkannt und gefördert werden.

Meinungsfreiheit und Medienkompetenz⁴

- 5 Unsere demokratische Gesellschaft lebt davon, dass wir freien Zugang zu Informationen haben und ohne Angst vor Verfolgung, unsere Meinung kundtun können. Medien sind für junge Menschen Informationsquelle, Kommunikationsort, Sozialisationsmedium und Bildungsinstrument. Wir wollen eine Medienpolitik und -pädagogik, die Kinder und Jugendliche befähigt, sich frei, eigenwirksam und ohne Gefährdung in allen Medien zu bewegen, anstatt sie durch Verbote und Kontrolle einzuengen, und die geeignete Angebote für Kinder und Jugendliche fördert.

Wir wenden uns gegen verdachtsunabhängige staatliche Überwachung, Vorratsdatenspeicherung sowie Zensur. Unternehmen müssen angehalten werden, datensparsam zu handeln und verantwortlich mit personenbezogenen Daten umzugehen.

15 **Kinder- und Menschenrechte**

Das Zusammenleben der Menschen braucht unauflösliche Grundsätze, die ein gleiches und gerechtes Miteinander ermöglichen. In den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Menschen- und Kinderrechten sehen wir diese Basis. Sie sind Ausdruck der unauflösbaren Menschenwürde die jedem und jeder zukommen.

20

Frieden⁵

- Die Voraussetzung, um gleiche Rechte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu ermöglichen, ist eine friedliche Gesellschaft. Hierzu müssen die Stiftung von Frieden und ein gewaltfreier Umgang mit Konflikten absoluten Vorrang haben. Wir wollen eine breite Bildung, die alle befähigt friedensstiftend, im Kleinen wie im Großen, zu wirken. Um Frieden zu gewährleisten, braucht es einen Abbau körperlicher, geistiger und struktureller Gewalt und die Überwindung von gewaltvollen Konflikten durch Abrüstung und Verzicht auf Waffenhandel.

25

Kinderrechte⁶

- 30 Kinder und Jugendliche sind nicht mit Erwachsenen gleichzusetzen. Aufgrund ihrer Lebenssituation und eigener spezifischer Bedürfnisse brauchen Kinder ihre eigenen Rechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind. Ihre Rechte auf Schutz, Entwicklung, Entfaltung, Bildung und Beteiligung müssen umgesetzt werden, brauchen eine Verankerung in der Verfassung und müssen Kindern auf geeignete Weise vermittelt werden. Nur wenn alle Kinder um ihre Rechte wissen, können sie diese auch einfordern.

35

⁴ Initiativantrag des DV Paderborn auf der Bundeskonferenz 2007, der an den Bundesausschuss überwiesen wurde: „Demokratie braucht Freiräume - Stellungnahme des BA zur Intensivierung staatlicher Überwachung“ KjG-Bundesausschuss 2007. „Gegen Internetzensur - Offener Brief der Bundesleitung an die Abgeordneten der Regierungsfraktion“ 17. Juni 2009. „Jugendmedienschutzstaatsvertrag stoppen!“ Stellungnahme KjG-Bundesausschuss März 2010. Seit dieser Zeit unterstützen wir die meist jährliche Demo „Freiheit statt Angst“.

⁵ In den 1990er Jahren und Anfang der 2000er Jahre hat sich die KjG intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Vgl. z.B.: Offener Brief an Schröder und Fischer bzgl. Irak-Krieg, KjG-Bundeskonferenz 2003; Stellungnahme: „Pflichtdienst nein danke – Weiterentwicklung der Freiwilligendienste!“, KjG-Bundesausschuss 2001; Stellungnahme Wehrpflicht, KjG-Bundeskonferenz 2000

⁶ „Kinderrechte ins Grundgesetz! - Stellungnahme des KjG-Bundesrates zur Verankerung der Kinderrechte ins Deutsche Grundgesetz.“ KjG-Bundesrat März 2012

Menschenrechte⁷

5 Alle Menschen unabhängig von Nationalität, Geschlecht, sozialem Status, Alter oder körperlicher Verfassung sind gleich und haben eine unantastbare Würde. Aufgrund dieser unteilbaren Gleichheit und Würde haben alle Menschen gleiche Rechte. Die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt festgehaltenen Menschenrechte müssen weltweit geachtet, umgesetzt und geschützt werden. Wir setzen uns für menschenwürdigen Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen ein.

Geschlechterdemokratie und sexuelle Vielfalt⁸

10 Als KjG leben wir die Gleichberechtigung der Geschlechter und sehen in der Überwindung von Geschlechterstereotypen eine Grundlage unserer Arbeit. Neben einer uneingeschränkten Gleichberechtigung der Geschlechter ist uns die Befähigung zur Entwicklung einer eigenständigen sexuellen Identität wichtig. So wie wir in Sprache, Bild, Organisationsform und Arbeitsweise zu einer Geschlechterdemokratie und Anerkennung sexueller Vielfalt beitragen, wollen wir, dass
15 diese in unserer Gesellschaft ebenfalls umgesetzt wird.

Sexuelle Vielfalt und Gleichberechtigung

Wir setzen uns für die Akzeptanz der sexuellen Identität eines jeden Individuums ein und sind offen für diese Vielfalt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt behandelt werden, gleiche Rechte und gleiche Teilhabechancen haben, ungeachtet ihres Geschlechtes und ihrer sexuellen Identität. Wir arbeiten für eine Welt, in der sich Menschen auf Augenhöhe und ohne Verhaltensschablonen begegnen können. Wir sind der Überzeugung, dass sich Männlichkeit und Weiblichkeit nicht gegenseitig ausschließen und sich nicht auf Menschen eines bestimmten biologischen Geschlechts beschränken. Unsere Vision: Männer und
20 Frauen, Jungen und Mädchen bewegen sich zwischen und neben den stereotypen Vorstellungen von "männlich" und "weiblich" und bereichern die Welt mit ihrer Vielfalt.

Geschlechtssensible Bildung

Frühkindliche Erziehung, schulische und außerschulische Bildung tragen besonders dazu bei, junge Menschen zu befähigen, gängige Geschlechterklischees zu überwinden, ihre eigene Identität herauszubilden und sich an den eigenen Interessen und Talenten zu orientieren. Wir wollen, dass alle die ehrenamtlich, hauptamtlich oder beruflich mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten eine Sensibilität für bestehende Geschlechterrollen haben, diese kritisch reflektieren und Impulse für eine Vielfalt setzen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unterschiedliche Vorbilder haben und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern erleben.
30
35

⁷ Derzeit und in den zurückliegenden Jahren beschäftigen sich viele KjG-Diözesanverbände mit Themen des Kritischen Konsums, der auf die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte, darin auch enthalten das Recht auf eine saubere Umwelt, abzielt. Siehe hierzu: „40 Jahre Fairer Handel sind nicht genug. Leitlinien für das entwicklungspolitische Engagement der Zukunft“ BDKJ Hauptversammlung 2010. Antrag ist unter Mitarbeit der KjG im entwicklungspolitischen Arbeitskreis (EPA) entstanden. Oder: „Aufruf an die Regierungen der G8-Staaten“ sowie Selbstverpflichtung hierzu „Klimawandel und Entwicklungshilfe in der KJG“, KjG-Bundeskonferenz 2007. Siehe auch: „Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“, KjG-Bundeskonferenz 1994 sowie „Beteiligung der KjG an der ai kampagne gg. Menschenrechtsverletzungen an Frauen“, KjG-Bundeskonferenz 1995

⁸ Neben zahlreichen Arbeitshilfen und Veröffentlichungen (z.B. u.a. „Leitbild Gender Mainstreaming“ KjG-Bundesstelle 2005. „Erste allgemeine Verunsicherung – Sexualpädagogik in der KjG“ KjG-Bundesstelle 2010) so wie der Arbeit der Interessensinitiative KjGay gibt es u.a. folgende Beschlüsse:

„Benachteiligung von Jungen im deutschen Bildungssystem“ (2009)

„Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ (2009)

„Gegen Zwangsprostitution“ (2006)

„Beteiligung der KjG an der Kampagne von amnesty international gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen“ KjG-Bundeskonferenz 1995

„Politische Forderung gegen sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, Bundeskonferenz 1993

„Geschlechtergerechtigkeit in Wort, Text und Bild“ KjG-Bundeskonferenz 2008

Gesellschaftliche und politische Verantwortung

Die Umsetzung von Geschlechterdemokratie und die Verwirklichung sexueller Vielfalt liegen in der Verantwortung von Politik und der gesamten Gesellschaft. Wir wollen, dass gesetzliche Regelungen bestehen, die Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen verbieten, gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen Lebensbereichen garantieren und so zur Bewusstseinsänderung beitragen.

Inklusion, Internationalität, Interkulturalität, Religiösität⁹

Wir Menschen sind in unterschiedlichster Weise miteinander verbunden. Wir begegnen uns in einer Vielfalt der Nationen, Kulturen, Religionen, Generationen und unter unterschiedlichsten körperlichen und geistigen Verfassungen. Eine solche Vielfalt braucht eine wechselseitige Anerkennung und Achtung. Aus der größer werdenden weltweiten Verbundenheit der Menschen entsteht eine Verantwortung füreinander.

Interkulturalität und Begegnung¹⁰

Das Miteinander von unterschiedlichen Kulturen und Religionen ist ein Gewinn für alle. Als Kinder- und Jugendverband wollen wir eine tolerante und weltoffene Kirche und Gesellschaft, in denen die Bedürfnisse der verschiedenen Kulturen und Religionen berücksichtigt werden und in denen Begegnung als ein echtes Miteinander gelebt wird. Als KJG leben wir selbst nach diesen Prinzipien und sind Vorbild für Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei ist von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hierfür braucht es gute Austausch- und Begegnungsprogramme, milieusensible Zugänge zu Angeboten der politischen Bildung, des Demokratielernens und des globalen Lernens sowie vielfältige Freizeitangebote.

Religiosität

Glaube und Religion spielen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eine bedeutende Rolle und haben darüber hinaus erheblichen Einfluss auf die Ausbildung der eigenen Persönlichkeit. Gerade die vielfältig gelebte Religiosität bereichert unsere Gesellschaft. Daher benötigen wir das uneingeschränkte Recht auf freie Religionsausübung. Hierzu braucht es Möglichkeiten, sich seiner Wurzeln bewusst zu werden. Außerdem bedarf es der Offenheit und Toleranz für Anderes sowie der Förderung der Auseinandersetzung mit beidem.

Inklusion

Wir alle sind auf unterschiedliche Weise aufeinander angewiesen, können bestimmte Dinge besser oder schlechter als andere und wollen Bedingungen vorfinden, die uns eine Teilhabe ermöglichen. Es muss selbstverständlich sein, dass unser Miteinander so gestaltet ist, dass ein barrierefreier Zugang für alle möglich ist.

Europa- und Weltpolitik

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit bilden wir eine Gemeinschaft. Diese braucht eine gemeinsame und verlässliche Politik, die nach demokratischen Prinzipien organisiert ist, in der alle Menschen gleiche Mitspracherechte haben und deren Antrieb ein kulturelles und soziales Zusammenwachsen ist. Entscheidungen müssen von allen gemeinsam getroffen und getragen werden. Hierzu bedarf es einer Stärkung von parlamentarischen Strukturen, einer Orientierung an den Menschen-, Kinder- und Arbeitsrechten sowie einer Kontrolle der globalisierten Wirtschaft. Europapolitik und Weltpolitik müssen dazu beitragen, dass mehr Frei-

⁹ Stellungnahme Zuwanderungsgesetz, Buko 2002. Stellungnahme „Situation Kinder und Jugendlicher ausländischer Herkunft / Asylverfahren“, Bundesausschuss 2001. Politische Forderungen zur Kampagne „enjoy the difference“, KJG-Bundesausschuss 2001 (zu Asyl-/Zuwanderungsrecht; Staatsangehörigkeit; politischer Mitbestimmung und Meinungsfreiheit; Sozialstaat; Kinder und Jugendliche; Diskriminierung; Illegalität; Rolle der Kirche und Gesellschaft). Stellungnahme Kirchenasyl, Buko 1994. Stellungnahme Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft, Buko 1993. LautStark! 2007: Zahlreiche Forderungen zu diesem Themenkomplex. Forderungen LautStark! 2010: auch zu „Multikulti und mehr Angebote für behinderte Menschen“

¹⁰ KJG-Kampagnen „enjoy the difference“ für mehr Toleranz sowie „Trialog- das multireligiöse Dialogprojekt von BJSd, KJG und MJD“ 2002 - 2003

heiten für die Menschen entstehen. Lokale und globale Zusammenschlüsse müssen ihren Beitrag zu einem gerechteren Miteinander leisten.

Entwicklungszusammenarbeit und –Entwicklungspolitik¹¹

- 5 Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Ländern muss von dem klaren Gedanken der Partnerschaft und der Gleichberechtigung getragen sein. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen und Ansprüchen der Menschen vor Ort. Ziel der Entwicklungspolitik muss die Umsetzung der „Millennium Development Goals“ und eines möglichen Nachfolgeprogramms sein. Dabei muss die deutsche und europäische Politik im Zweifel eigene Interessen und Ziele der
10 Entwicklungspolitik unterordnen.

Lernen und Bildung¹²

- 15 Bildung ist ein ganzheitlicher und individueller Prozess, in dem der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht. Sie geht weit über Schule hinaus, umfasst außerschulische Aspekte in Freizeit und Jugendverband und endet nicht mit dem Übergang in den Beruf. Schule, Ausbildung, Studium und Erwerbstätigkeit müssen so gestaltet sein, dass sie sich an den Bedürfnissen von jungen Menschen orientieren und ihnen Raum geben sich zu entfalten.

Schule

- 20 Das Schulsystem soll, neben der Vermittlung von fachlichem Wissen, den Blick auf die einzelne Person richten und sich an ihrer Neugierde, Begeisterungsfähigkeit, ihrem Wissensdurst und ihren persönlichen Fähigkeiten und Begabungen orientieren. Dabei muss der Erwerb von sozialen Kompetenzen im Vordergrund stehen. Zum Erwerb dieser soll Schule Freiräume für Schülerinnen und Schüler ermöglichen, sich außerschulisch zu bilden. Die Schulen müssen dementsprechend gut ausgestattet sein und es müssen qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen.
25 Die Schülerinnen und Schüler sollten an ihrer Bildung demokratisch beteiligt sein, bundesweit einheitliche Bedingungen vorfinden und eine Vielfalt an Lernmethoden und –orten erleben. Schule muss maßgeblich dazu beitragen Chancengleichheit herzustellen und soziale Ungerechtigkeit abzubauen.

30

Recht auf Bildung und Ausbildung

- Das Recht auf Bildung ist einer der wichtigsten Faktoren für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Wir wollen, dass dieses Recht allen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen umfassend gewährt wird. Dazu gehören eine für alle zugängliche frühkindliche Bildung,
35 eine sehr gute Schulbildung, das Recht und den kostenlosen Zugang zu Ausbildung und Studium.

35

Freizeit und Anerkennung außerschulischer Bildung¹³

- 40 In selbstorganisierten Zusammenhängen findet ein wichtiger Teil des Lernens statt. Das in Freizeit und Ehrenamt erworbene Können soll voll anerkannt und als wichtiger Bestandteil von Bildung gefördert werden. Hierzu braucht es Freizeit und Freiräume außerhalb staatlicher Institutionen. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf zweckfreie Zeit, in und über die sie selbst bestimmen können. Dazu braucht es eine Begrenzung der durch Bildungsinstitutionen eingenommenen Zeit auf 35 Stunden pro Woche.

45

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

- Aus einer christlichen Grundhaltung heraus ergibt sich der Auftrag, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung beizutragen und dazu zu ermutigen. Unabhängig von Glaube und Religion haben wir als Menschheit eine gemeinsame Verantwortung gegenüber unserer
50 Umwelt. Wir sind wechselseitig aufeinander angewiesen, was uns dazu verpflichtet, sie in ihrer

¹¹ „Aufruf an die Regierungen der G8-Staaten“ KjG-Bundeskonferenz 2007

¹² „Aufgezeigt! Überlegungen der Katholischen Jungen Gemeinde zur bildungspolitischen Situation der außerschulischen Bildung“ Beschluss KjG-Bundesausschuss 2005. Forderungen LautStark! 2007 und 2010. Stellungnahme „Jugendarbeitslosigkeit bedroht die Zukunft von Jugendlichen“ KjG-Bundeskonferenz 1999

¹³ „35 Stunden – und keine Minute länger“ KjG-Bundesrat Oktober 2013

Vielfalt zu erhalten. Als Teil eines Landes, das schon lange und intensiv von der Übernutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen profitiert, haben wir eine große Verantwortung, Vorbild für den ökologischen Wandel zu sein.

5 Klima und Energie¹⁴
 Die Energienutzung und -gewinnung hat wesentlichen Einfluss auf die Natur und das Klima. Daher wollen wir eine Energiegewinnung, die sich aus erneuerbaren Energien speist, die dezentral organisiert ist, die ohne die Produktion von Klimagasen auskommt. Die erneuerbaren Energien müssen so gewonnen werden, dass dabei die Umwelt weder zerstört noch übermäßig belastet wird (etwa durch Monokulturen oder Flächenverbrauch) sowie soziale Aspekte berücksichtigt werden (Vorrang der Lebensmittelerzeugung). Risikotechnologien, wie Kernkraft, lehnen wir weltweit ab. Grundsätzlich soll die Nutzung und Speicherung von Energie nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit erfolgen.

15 Nachhaltigkeit, Konsum und Umgang mit Wert- und Rohstoffen¹⁵
 Wir haben nur begrenzte Rohstoffe zur Verfügung. Mit diesen muss sparsam umgegangen werden, sie müssen gerecht aufgeteilt werden, Verschwendung muss unterbleiben. Dabei gilt es insbesondere das Recht auf Wasser für alle als Grundrecht zu garantieren. Wir machen uns stark für nachhaltigen Konsum und setzen uns dafür ein, dass Güter, die in Deutschland und der EU gehandelt werden, unter Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards produziert werden. Wertstoffe müssen konsequent recycelt werden. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, in der Qualität wichtiger ist als Quantität und die sich an der Nutzung und nicht am Besitz und am Verbrauch orientiert.

25 Tierschutz und Lebensräume erhalten¹⁶
 Der Natur und den Tieren kommt eine eigene Würde zu. Diese Würde muss auch dann bewahrt werden, wenn Tiere Nutztiere sind. Wir wünschen uns eine Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, eine artgerechte Tierhaltung und eine Agrarwirtschaft, die im Einklang mit der Natur funktioniert. Wir wollen eine Welt, in der es vielfältige Lebensräume gibt und in der allen Tieren ein artgerechtes Leben ermöglicht wird.

30 Mobilität und Transport¹⁷
 Zu einer globalisierten Welt gehört eine Mobilität, die für alle zugänglich und nutzbar ist. Die Mobilität der Zukunft sollte so gestaltet sein, dass sie erneuerbare Energiequellen nutzt, sich am Prinzip des Teilens orientiert, unnötige Wege vermeidet und verträglich für Mensch und Natur ist.

Sozialer und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

40 Die nationale und internationale Gemeinschaft soll davon geprägt sein, dass wir eine solidarische Gesellschaft bilden. Dazu gehört respektvoll miteinander umzugehen, füreinander Verantwortung zu übernehmen und niemanden auszuschließen oder abzuhängen.

¹⁴ „Aufruf an die Regierungen der G8-Staaten“ sowie Selbstverpflichtung hierzu „Klimawandel und Entwicklungshilfe in der KJG“, KjG-Bundeskonferenz 2007. „Ausstieg aus der Atomenergie“, KjG-Bundeskonferenz 1997. „Erklärung gegen das AKW Temelin“, KjG-Bundeskonferenz 2001. Vgl. auch Forderungen von LautStark! Der Kinder- und Jugendgipfel der KjG 2007 und 2010 sowie hierzu den Beschluss „Nachhaltigkeit von LautStark!“ KjG-Bundeskonferenz 2007.

¹⁵ Forderungen von LautStark! Der Kinder- und Jugendgipfel der KjG 2007 und 2010

¹⁶ Vgl. Forderungen von LautStark! Der Kinder- und Jugendgipfel der KjG 2007 sowie hierzu den Beschluss „Nachhaltigkeit von LautStark!“ KjG-Bundeskonferenz 2007.

¹⁷ „Klimaneutrale KJG“ Bundeskonferenz 2007 sowie daraus entstandene Arbeitshilfe „Klimafreundlich in die Zukunft“ KjG-Bundesstelle 2009. „Klimawandel und Entwicklungshilfe in der KJG“, KjG-Bundeskonferenz 2007

Familienpolitik und Kinderarmut¹⁸

Wir wollen eine Familienpolitik, die viele verschiedene Familienmodelle unterstützt und nicht bestimmte Modelle bevorzugt behandelt. In unserer Gesellschaft darf es keine Kinder und Jugendlichen geben die in Armut leben und die aufgrund der ökonomischen Situation ihrer Eltern, oder durch die Abwesenheit von Eltern, von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Daher braucht es eine konsequente Förderung von Kindern und ihren Familien, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Dazu gehören verbindliche, kostenlose Betreuungsplätze für Kinder, kostenlose Bildung, gute Gesundheitsversorgung und ein bedingungsloses Kindergrundeinkommen. Leistungen, die Kinder erhalten, dürfen nicht auf Leistungen, die ihre Eltern beziehen, angerechnet werden.

Entfaltungsmöglichkeiten und soziales Wirtschaften

Alles Wirtschaften muss sich an den Menschen ausrichten und ihnen soziale, ökonomische und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen, dass sich weiterhin soziale Wirtschaftsformen entwickeln. Dazu gehört für uns, dass es eine Vielzahl von Ökonomien gibt, dass alle von ihrer Erwerbsarbeit leben können und sie damit befähigt werden, an der Gesellschaft teilzunehmen. Wir wollen, dass Armut überwunden wird. Dies muss für Deutschland und weltweit gelten.

Generationengerechtigkeit¹⁹

Unsere Gesellschaft altert. Dies stellt uns alle vor neue Herausforderungen und Aufgaben. Gemeinsam müssen wir aushandeln, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Hierbei erachten wir es als unumgänglich, dass sich unsere politische Kultur ändert. Alle politischen Entscheidungen müssen vom Ringen um die beste Idee geprägt sein, alle Generationen im Blick behalten und Belastungen für kommende Generationen vermeiden.

30

35

40

45

33 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

_____ Sonstiges:

¹⁸ „Stellungnahme zur Situation armer Kinder in Deutschland“ KjG-Bundeskonferenz 2005

¹⁹ „Gerechte Generationenpolitik–zukunftsfähig und solidarisch“ BDKJ-Hauptversammlung 2013